

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Chef-Redaktion: Eschwege-Weg in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Ein „Geschäftsministerium“ in Preußen.

Die Beratungen über die neuen Wiedergutmachungsvorschläge im Reichskabinett.

Eggerwalds Optimismus.

Die Bemühungen des Ministerpräsidenten Eggerwald, ein Kabinett in Preußen zustande zu bringen, das von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie reicht, haben sich geistert angefangen werden. Die Sozialdemokraten lehnen dies ab, doch nicht nur der Minister des Innern, Seegering, und der Landwirtschaftsminister Braun auf ihrem Posten verbleiben sollen, sondern das gegenwärtige auch das Kulturministerium einem Sozialdemokraten übergeben werden sollte. Bei dem prinzipiellen Überlande der Deutschen Volkspartei gegen die Besetzung des Reichsministers durch Eggerwald und insbesondere auch bei ihrer Abneigung gegen Seegering und Braun war damit die ursprüngliche von Eggerwald beabsichtigte Kombination unmöglich geworden. Er sah sich also heute vorzuzugreifen auf eine neue Situation gestellt und ist gegenwärtig bemüht, ein Geschäftsministerium, in dem die drei bisherigen Koalitionsparteien, das Zentrum, die Sozialdemokratie und die Demokraten vertreten sind, zu bilden und etwa zwei Ministerien durch Beamte zu besetzen, die der Deutschen Volkspartei wenigstens nahe stehen. Gegenwärtig steht die Besetzung der sozialistischen Ministerien Braun im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Die Sozialdemokraten vertreten den Standpunkt, daß wenn sie ein oder das andere Portefeuille aufgeben müssen, auch das Zentrum dementsprechend auf Ministerposten verzichten müsse, um das gesammelte Verhältnis der Parteien zueinander im Gleichgewicht zu halten. Der Ministerpräsident Eggerwald ist optimistisch und hofft, das Kabinett heute, spätestens morgen vormittag, zusammen zu haben. Zur Stunde besteht dieser Optimismus auch nicht völlig unbegründet zu sein. Im 1. März traten die Koalitionsparteien zu einer neuerlichen zugschlüssigen Besprechung zusammen, und auch der sozialdemokratische Parteivorstand, unter anderem der frühere Reichsminister Hermann Müller, erschien im Abgeordnetenhause, um sich auf dem Laufenden zu halten.

Am Zusammenhänge mit der gegenwärtigen Regierungsabteilung in Preußen wird von einer Kabinettskrise im Reich ge-

habelt. Ansch. dazu soll die Berliner Unterredung des Außenministers Dr. Simons mit dem Vertreter des „Matin“ über die Bereitwilligkeit Deutschlands, neue Wiedergutmachungsvorschläge der Entente zu unterbreiten, sein. Es wird gesagt, daß diese Rede in den Kreisen der Deutschen Volkspartei einige Verwirrung hervorgerufen habe. Wie vor an anderer Stelle berichtet, ist die Rede worden. Lediglich wird kein Zeit für einen so weitläufigen und verantwortungsvollen Mensch in diesem Interview den Anlaß für eine Krise sehen oder legt dem Minister des Innern auch noch überflüssige Schwierigkeiten bereiten wollen. Heute nachmittags 5 Uhr wird das Reichskabinett nach der Rückkehr des Reichsänglers und des Außenministers zu einer Sitzung zusammengetreten. Obwohl die Reparationsfrage nicht auf der Tagesordnung steht, wird doch zweifellos im Anschluß an den offiziellen Teil der Beratungen besprochen werden. Inzwischen hat auch der völkerverfeindliche Vorstoß des auswärtigen Ausschusses des Reichstages, Dr. Stresemann, den Ausschuß einberufen, um zum Wiedergutmachungsproblem Stellung zu nehmen. Von einer „Kabinettskrise“ im Reich kann keine Rede sein. Denkbar wäre eine partielle Umbildung in nächster Zeit, doch wird aus der sozialdemokratischen Seite verweigert, daß die Sozialdemokraten nach wie vor keine Neigung haben, in die Reichsregierung einzutreten.

Die Rückkehr Dr. Simons.

Reichsminister Dr. Simons ist heute morgen um 9 1/2 Uhr, von Bern kommend, hier eingetroffen, und zwar gleichzeitig mit Reichsminister Freydenberg, mit dem er in Freiburg zusammengetraf. Wegen Mittag begab sich der Reichsminister und Dr. Simons zum Reichspalast. Um 5 Uhr nachmittags findet eine Kabinettsitzung statt, deren Tagesordnung sehr umfangreich sein wird, da sich während der Abwesenheit des Reichsänglers beträchtliche Beratungen angehäuft hat. Erst nach Abschluß des ersten Meinungsaustausches, der sich aller Voraussicht nach bis in die frühen Nachmittagsstunden hinziehen wird, dürfte über die Art der neuen deutschen Vorschläge nachgedacht zu werden sein.

München.

Von unserem Korrespondenten
Leonhard Adelt.

München, 11. April.

Im Krieg nahm München einen Anlauf, Industriestadt im modernen Sinn zu werden. Der Anlauf ist ihm nicht gut bekommen. Die Krupp-Werke in Neufremmann schlossen mit dem Krieg und entließen Kommunitäten, die die Bürgerpflicht erschweren. Seitler wollen in Neufremmann die Bürgerpflicht der berechneten Bürgerpflicht nicht verheimlichen. Hofkonzurrenz herrscht nur in der Maschinenindustrie. Trotz allem, auch in Bayern werden ohne Bajonette wieder Flügel und Granaten wieder herbeigekleidet. Im übrigen behindert angeborener Mangel an Rohmaterialien die industrielle Entwicklung der bayerischen Hauptstadt. Selbst die ihr eigentümlichste Industrie: das Brauergewerbe, mußte Fusionierungen vornehmen und hat mit der Beschaffung der letzten Auslandsernte Valutaprobleme. Die erste Rückkehrung der Sanftmutter war die veränderliche Ansicht des Reichstages, was — nicht ganz im Sinne ihrer Lehren — die Erziehung und Abwehrerziehung des Münchener Bürgers spürbar stärkte, auch wenn seine persönliche Haltung dabei vorübergehend etwas schwankend wurde.

Zum Glück für unsere Nachkriegszeit ward eine Industrie geboren, die so gut wie gar kein Rohmaterial benötigt, weil sie Welt an sich für die Rohmaterialien besitzt, und die infolgedessen heute schon unter den deutschen Industrien den besten bis acht Milliarden investierten Kapital an dritter Stelle steht: der Film. Nicht nur, daß die lediglich fünf der Stadt an Kulturbeitragsabgabe das Dreifache tragen wie die Theater, hat München auch seine eigene Filmfabrikation, die sich wiederholend erlischt und uns im Kaufbild die der Welt verschlossene Welt wieder erschließt. Denn dient eine eigene Filmstadt des Gemelka-Konzerns: die Welta — was eine Kreuzung von Münchener Lichtspielkunst und Neffa darstellt und angenehm an Welta anknüpft. Sie enthält in neue den ganzen Orient: indische Lore, maurische Darsenerker, ägyptische Tempel, ihre Repräsentation der Illusion beherbergt. Jede Szene der Film mit Kunst im tun hat, bezieht sich mit den Gebieten, auf denen München lange führend war: Malerei und Kunstgewerbe. Der Maler, als ein Welta, das mit einem Minimum an Material hohe Werte zum Export erzeugt, sollte schon aus diesem Grunde wirtschaftlich nicht unwillkommen sein. Vorbedingung für das Gebieten einer Kunststadt ist die Freizügigkeit der Künstler und der Käufer. Gestärkungen im Verkehr und Aufenthalt sind nicht bloß dem Umschlagverkehr in Südräumen förderlich, sondern auch dem Reiseverkehr nach den Alpenländern und Italien, der traditionellgemäß in München unterbricht. Der Versuch der Polizeidirektion, aus München eine Fremdenstadt ohne Fremden zu machen, war deshalb von vornherein nicht sehr aussichtsreich.

Weshalb unternahm sie also trotzdem den Versuch? Aus zwei Gründen: a) aus Politik, b) aus Wohnungsnot. Dahlen wir uns an den ersten, der von jenen Kommunitäten schreien seinen Ausgang nahm. Es galt, nach den Erfahrungen der Kätege, politisch mißliebige Gesellschaften zu beseitigen. Zu dem Zweck wurde der Polizeipräsident Höfner als Staatskommissar im Ausnahmestadium über die Reichsstadt und der Begriff „deutschstämmig“ in die Welta-sprache der Münchener Polizei eingeführt. Damit ist schon allerdings zu machen. Man kann zum Beispiel mißliebige Zeitungs-korrespondenten in ihren Telefonangelegenheiten hörbar feindselig belauschen oder aus den Polizeiangeln Wirtel gegen sie in die Schatzkammer lancieren. Man kann der Reichsregierung gegen die Schatzkammer schlagen und die aufgehobene Theaterzensur hinterrücken wieder einführen, indem man nicht gegen die Ständebahner vom Kammerverordneten Schulz und Krüger, sondern gegen das mißliebige Theaterstück einschreitet. Man kann ein unpolitisches Längens willen in Privatwohnungen eindringen und die unerlaubt Fröhlichen als Schwerverbrecher durch die Straßen eskortieren. Man kann Verleumdungen verbreiten und Wafate erlauben — diese, wenn sie auf die Reichsregierung, jene, wenn sie auf die bayerische Regierung schimpfen sollten. Man kann, vor allen Dingen, jedem Nichtmündener die Gemeine verwehren, indem man das deutsche Böhrium für Bayern nicht mehr anerkennt. Man kann Hotelgäste aus den Betten holen und um eines schließenden Pafles willen ein anständiges junges Mädchen über Nacht mit aufgeschissenen Dirnen zusammenwerfen. Man kann die angelegte Einreiseverbotnisse bezweigen, bis es für den eigenen Geschäftssinn und die Welta-sprache in richtiger Grobheit 50 Mark Geldstrafe abstrafen, wenn er eigenmächtig kommt — kurz und gut, man hält mißliebige Elemente fern und macht sich bei den andern beliebt mißliebige.

Ordnung und Vormärz feierten wieder ein und aus. Objekt der Einfuhr: München, Objekt der Einfuhr: die Fremden. Das aber war der Münchener Geschäftssinn und sollte nicht recht, Landtag und Stadtrat ließen Sturm und heulen durch, das forten wieder jeder Reichsdeutsche ohne persönliche Meldepflicht und jeder Ausländer mit dem deutschen Böhrium nach München darf. Man müßte sich um die Erhaltung bedrohter Hotels, um Sammlungen und um den viel zu wenig geschätzten Tierpark Hellabrunn, gibt den Ausschließungspart mit der Deutschen Gewerkschaft 1922 und ihren kleineren Vorläufern seinem Zweck zurück, veranlaßt sommerliche Festspiele, begehrt im September das Oktoberfest und macht sich an die Welta-sprache — damit halten wir bei b) — rechtfertigert gegen schon den Abwehrkampf der Polizei gegen Jung. Am Dienstag lagen dem Münchener Wohnungsbauamt 16 000 Gesuche vor, von denen 12 000 anerkannt wurden. Auf 10 125 Geflüchtungen im Berichtsjahr kamen 608 Wohnungsnachweise. Durch Baracken, Kabineneinbauten, Notwohnungen im Nymphenburger Schloß, in Rajenen und fälschlichen An-

Die Krise im englischen Kohlenbergbau.

Die Kompromißverhandlungen mit den Bergwerkbefigern.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

„Daily Chronicle“ wendet sich mit ersten Worten an das englische Publikum. Die Krise ist noch keine so weit vorgeschritten, wie man immer noch mit einem Generalstreik rechnen. Die freiwillige Wiedergabe der Bergarbeiter für weiterhin dringend erwünscht. Diese Wiedergabe sind überzogen bereits in außerordentlichem Umfang erfolgt. Unter den Freiwilligen sind natürlich viele Arbeiter; die meisten dieser Arbeiter, die zum Teil eine Probe auf die Schwerkraft des Englischen Bergbau, bringt allen 60 000 bis 70 000 Mann auf die Beine. Als möglichste Wiedergabe der Bergarbeiter, an daß der Bergbau im Falle einer Einigung über der Wiedergabe durch die Gewährung einer Regierungsanleihe unterstützt werde. Man hofft so den Bergbau, die am ungünstigsten stehen, über die erste Zeit hinwegzuführen. Ein einfacher Versuch an die Arbeiterklasse wird von „Daily Chronicle“ bis mehrerer. Der englische Streikzeitung ist nicht zu verdrängen. Geschehen in der Lage. Neben dem Gang der Verhandlungen teilt dem das Blatt, mit, daß jedenfalls zuerst die Sicherung der Bergwerke gegen Verfallung zu erledigen sei. Dann deutet das Blatt an, daß nachhergehend eine Einigung über die finanzielle Unterstützung der englischen Bergbaues möglich sein werde (pooling). Das bezieht sich hauptsächlich auf den Vereinbarausgleich zwischen den reicheren und den armeren Gruben. Dann kam aber die Schwierigkeit der Festlegung der Löhne. Die Bergwerkbefigern halten durchaus an der Annullierung der Lohnhöhe an die jeweiligen Verhältnisse in den verschiedenen Bezirken fest. Die Bergwerkbefigern sind aber im ganzen genommen den zuerst von ihnen vorgeschlagenen Löhnen bereits in die Höhe gegangen. Auch die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß eine Ausbühnung von Einheitslöhnen nicht möglich sei. Bis zur Gegenwärtigen waren in England 18 in Scotland 20 Gruben unter Wasser gesetzt mit einer Belegschaft von 26 000 Mann.

London, 11. April. (M. Z.)

Das Ministerbüro teilt mit: Die Tatsache, daß die Bergarbeiter jetzt einigwillig haben, mit den Bergwerkbefigern zusammenzukommen, wird als politisches Ereignis dafür angesehen, daß der Streik sicherlich beigelegt werden wird. Es kann vielleicht noch zeitweilige Rückschlüsse geben, der einseitige Ausgang wird jedoch in zünftigen Kreisen als kurze Frage hingehen. Das am Sonnabend zustande gekommene Kompromiß wird im ganzen Lande mit großer Befriedigung begrüßt. Die Erklärung dafür liegt in verschiedenen Ursachen. Die Regierung, die Kuppen in den Bergwerken zu bedienen, hat den Bergarbeitern die Sympathien des Parlaments entfremdet. Lediglich zeigte sich wieder einmal eine Spaltung in den Reihen, während die revolutionäre Section aufsehenerregend stand, der Streik wurde allgemein sein. Eisenbahner und Transportarbeiter erkannten, daß nur die Hälfte der Mannschaften dem Streiktraf folgen würden, und daß der Streik infolgedessen unermesslich schädlich sein würde. Es sind auch deutliche Anzeichen dafür vorhanden, daß die Arbeiterparteien der Regierung, insbesondere die Radikale, die die Zusammenziehung von Truppen und Schiffen sowie die außerordentlich günstige Aufnahme des Appells an die Freiwilligen beim

Publikum die Streikzeitung stark beeinflussen und den Ausblick gegen Beibehaltung einer unangenehmen Haltung. In Regierungskreisen ist man überzeugt, daß der Generalstreik, wenn er doch niemand der Lebensnotwendigkeiten besaß, gewesen sein würde. Die Wirkung einer eventuellen Wiederaufnahme der Arbeit zu geringeren Löhnen wird, wie man erwartet, ein sofortiges Sinken der Kosten für den Lebensunterhalt mit sich bringen mit einer verhältnismäßigen Besserung des Wertes der Löhne. Man glaubt, daß eine solche Regelung der Wende-punkt in der Handelsdepression sein wird. Während die Kommunitäten, die ihre Grube einzukommen lassen, müssen die Bedeutungslosigkeit ihres Einflusses in der britischen Arbeiterklasse feststellen, deren gesunder Menschenverstand sich am Sonnabend wieder einmal gezeigt hat. Die Andeutung, daß die Regierung eine große geldliche Unterstützung vorbereite, um über Lohnschwierigkeiten in unproduktiven Distrikten hinwegzuhelfen, hat die Lage wesentlich erleichtert.

Eröffnung des amerikanischen Kongresses.

Seute Verlesung der Botschaft des Präsidenten Harding.
New-York, 11. April. (Reuter.)

Die außerordentliche Session des Kongresses wurde heute eröffnet. Morgen wird die Botschaft des Präsidenten Harding verlesen werden. Am Mittwoch beginnen die Debatten.

Washington, 11. April. (M. Z.)

Gleich nach der heute erfolgten Eröffnung der Sondersitzung wurde in beiden Häusern des Kongresses die Jordan-Tarifbill eingebracht. Unter den eingebrachten Anträgen befinden sich solche auf Abschaffung des Bundeseinbahngesetzes, auf Einführung einer allgemeinen Prozentigen Umsatzsteuer, auf Anerkennung der Abhängigkeit der Philippinen, auf Wiederbetätigung der Johnson-Einwanderungsbill. Harding wird seine Botschaft an den Kongress selbst verlesen. Am Senat werden die Senatoren Lodge, Kellogg, Pomerene und Knag die Debatte über die Friedensstrategie morgen eröffnen. — Das Staatsdepartement empfing eine Mitteilung, daß England die Entsendung einer Sadgewandtenkommission nach Washington beabsichtigt, die mit den Vertretern der amerikanischen Regierung unmittelbare Verhandlungen über die mesopotamischen Petroleumquellen anknüpfen werde.

Paris, 12. April. (M. Z.)

Zum Sprecher des amerikanischen Repräsentantenhauses wurde der Vertreter von Massachusetts, G. Gillett, gegen den demokratischen Kandidaten Clude Rignin gewählt. Der einzige weibliche Abgeordnete der Philippinen, auf Wiederbetätigung der Johnson-Einwanderungsbill, Harding wird seine Botschaft an den Kongress selbst verlesen. Am Senat werden die Senatoren Lodge, Kellogg, Pomerene und Knag die Debatte über die Friedensstrategie morgen eröffnen. — Das Staatsdepartement empfing eine Mitteilung, daß England die Entsendung einer Sadgewandtenkommission nach Washington beabsichtigt, die mit den Vertretern der amerikanischen Regierung unmittelbare Verhandlungen über die mesopotamischen Petroleumquellen anknüpfen werde.

Die Krise im englischen Kohlenbergbau.

Die Kompromißverhandlungen mit den Bergwerkbefigern.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

„Daily Chronicle“ wendet sich mit ersten Worten an das englische Publikum. Die Krise ist noch keine so weit vorgeschritten, wie man immer noch mit einem Generalstreik rechnen. Die freiwillige Wiedergabe der Bergarbeiter für weiterhin dringend erwünscht. Diese Wiedergabe sind überzogen bereits in außerordentlichem Umfang erfolgt. Unter den Freiwilligen sind natürlich viele Arbeiter; die meisten dieser Arbeiter, die zum Teil eine Probe auf die Schwerkraft des Englischen Bergbau, bringt allen 60 000 bis 70 000 Mann auf die Beine. Als möglichste Wiedergabe der Bergarbeiter, an daß der Bergbau im Falle einer Einigung über der Wiedergabe durch die Gewährung einer Regierungsanleihe unterstützt werde. Man hofft so den Bergbau, die am ungünstigsten stehen, über die erste Zeit hinwegzuführen. Ein einfacher Versuch an die Arbeiterklasse wird von „Daily Chronicle“ bis mehrerer. Der englische Streikzeitung ist nicht zu verdrängen. Geschehen in der Lage. Neben dem Gang der Verhandlungen teilt dem das Blatt, mit, daß jedenfalls zuerst die Sicherung der Bergwerke gegen Verfallung zu erledigen sei. Dann deutet das Blatt an, daß nachhergehend eine Einigung über die finanzielle Unterstützung der englischen Bergbaues möglich sein werde (pooling). Das bezieht sich hauptsächlich auf den Vereinbarausgleich zwischen den reicheren und den armeren Gruben. Dann kam aber die Schwierigkeit der Festlegung der Löhne. Die Bergwerkbefigern halten durchaus an der Annullierung der Lohnhöhe an die jeweiligen Verhältnisse in den verschiedenen Bezirken fest. Die Bergwerkbefigern sind aber im ganzen genommen den zuerst von ihnen vorgeschlagenen Löhnen bereits in die Höhe gegangen. Auch die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß eine Ausbühnung von Einheitslöhnen nicht möglich sei. Bis zur Gegenwärtigen waren in England 18 in Scotland 20 Gruben unter Wasser gesetzt mit einer Belegschaft von 26 000 Mann.

London, 11. April. (M. Z.)

Das Ministerbüro teilt mit: Die Tatsache, daß die Bergarbeiter jetzt einigwillig haben, mit den Bergwerkbefigern zusammenzukommen, wird als politisches Ereignis dafür angesehen, daß der Streik sicherlich beigelegt werden wird. Es kann vielleicht noch zeitweilige Rückschlüsse geben, der einseitige Ausgang wird jedoch in zünftigen Kreisen als kurze Frage hingehen. Das am Sonnabend zustande gekommene Kompromiß wird im ganzen Lande mit großer Befriedigung begrüßt. Die Erklärung dafür liegt in verschiedenen Ursachen. Die Regierung, die Kuppen in den Bergwerken zu bedienen, hat den Bergarbeitern die Sympathien des Parlaments entfremdet. Lediglich zeigte sich wieder einmal eine Spaltung in den Reihen, während die revolutionäre Section aufsehenerregend stand, der Streik wurde allgemein sein. Eisenbahner und Transportarbeiter erkannten, daß nur die Hälfte der Mannschaften dem Streiktraf folgen würden, und daß der Streik infolgedessen unermesslich schädlich sein würde. Es sind auch deutliche Anzeichen dafür vorhanden, daß die Arbeiterparteien der Regierung, insbesondere die Radikale, die die Zusammenziehung von Truppen und Schiffen sowie die außerordentlich günstige Aufnahme des Appells an die Freiwilligen beim

